

Arbeiterstimme



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationalen . Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 10. August 1932 Nummer 179

Hindenburg verkündet Notverordnungen und verlängerten „Burgfrieden“

Nazibomben zertrümmern die Volksbuchhandlung in Freital!

„Burgfrieden“ bis 31. August 1932 verlängert . Todesstrafe und Standgerichte verhängt

Dresden, den 10. August 1932

Die Terroraktionen der SA-Garden Hitlers in Königsberg, Braunschweig und Holstein machen auch in Sachsen Schule. Wir haben bereits gestern gemeldet, daß die Nazis nach dem 10. August Terroraktionen in dieser Linie auch in Dresden planen. Die große Kundgebung der Antifaschisten, die morgen auf der Iigenkampfbahn stattfindet, soll von den Nazis gepregelt werden. Zahlreiche kommunistische Funktionäre haben Drohbriefe mit Worbankündigungen erhalten und auf Dresdner Arbeiterbeiräte sollen für die nächsten Tage Ueberfälle der Nazibanden geplant sein. Heute Nacht hat diese Terroraktion bereits ihren Anfang genommen.

Die sozialdemokratische Volksbuchhandlung in Freital ist heute früh gegen 1 Uhr von einer noch nicht ermittelten Nazibombenwerfergruppe zerstört worden. Vom Sozialist eines Motorrades aus hat der Täter einen Sprengkörper gegen die große Fensterscheibe der Buchhandlung geworfen, der nach Durchschlagung der Scheibe in der Auslage explodiert. Durch die Sprengwirkung ist die Auslage zertrümmert, die Ladeneinrichtung fast vollständig und ein großer Teil der Bücher vernichtet worden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Von der Wucht der Explosion spricht die Tatsache, daß in der Wohnung eines gegenüberliegenden Hauses, die sich in der 2. Etage befindet, ein Splitter des Sprengkörpers gefunden wurde.

Dieser alarmierende Vorfall in einer Arbeiterstadt vor den Toren Dresdens muß alle Antifaschisten mobil machen. Stärkste Wachsamkeit ist das Gebot der Stunde, höchster Alarm für alle Antifaschistischen Massenmuskeln. Morgen Abend protestiert das gesamte werktätige Dresden auf der Iigenkampfbahn gegen faschistische Terrorbanden und Arbeitermörder.

Proteststreik gegen Terror

Das Ortskomitee der Antifaschistischen Aktion in Freital hat heute die Betriebsräte zu einer Sitzung eingeladen. In der der Proteststreik gegen den Naziterror beschlossen werden soll. Diese Sitzung wird bereits heute stattfinden und weitere Maßnahmen beschließen. Die Empörung über das Attentat ist ungeheuer groß und die Arbeiter aus den Fabriken verlangen Kampfmaßnahmen.

Die sozialdemokratischen Führer tun nichts, um die Arbeiter zu mobilisieren. Sie haben lediglich eine Belohnung für die Verzeihung der Täter ausgereicht und wenden sich schon jetzt gegen den Streik, wobei ihnen das Schicksal einschlägt, daß es nicht ist, die Arbeiter aus den Betrieben zu bringen, aber schwer ist zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Die Freitaler Arbeiterschaft muß über die Köpfe der SPD-Führer hinweg ihre Kampfmaßnahmen in Antifaschistischer Aktion treffen.

Berlängerter „Burgfrieden“

Berlin, 10. August (Eig. Prohib.) Reichspräsident Hindenburg hat durch eine neue Notverordnung den sogenannten „Burgfrieden“ — das Verbot aller öffentlichen Versammlungen — bis zum 31. August verlängert. Nur am 11. August werden öffentliche Versammlungen zugelassen, sofern sie politisch genehmigt sind.

Todesstrafe, sieben Sondergerichte

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch sind die Notverordnungen über die Einführung der Sondergerichte und die strafrechtlichen Verschärfungen der Strafbestimmungen in Kraft getreten. Um 24 Uhr sind sie in Kraft geworden, eine Stunde bevor die Dresdner Nazis eine Sprengbombe gegen die Freitaler SPD-Buchhandlung warfen. Die Regierung teilt mit, daß die ersten Sondergerichte in Berlin, Düsseldorf, Hamm, Breslau, Kiel, Königsberg und Elbing eingesetzt werden. Der Wortlaut der Notverordnungen wird im Laufe des heutigen Tages durch öffentlichen Meldungen bekannt gegeben.

Arbeiter, höchste Alarmbereitschaft!

Zusammenziehung der SA zum „Marsch auf Berlin“

Standgerichte der faschistischen Schleicher-Papen-Diktatur gegen die Arbeiter.

Aus Berlin und verschiedenen Teilen des Reiches wird gemeldet, daß die SA selbstmächtig ausgerückt und zusammengezogen wird. Eine Reihe Berliner Stürme wird aus der Stadt herausgezogen, gesammelt und soll im konzentrischen Marsch auf Berlin vorgehen. Die SA und SS vom Westen und Süden sollen in der Gegend von Potsdam konzentriert werden. Zurückbleibende Trupps sollen in den Arbeitervierteln prozessieren und gegen Antifaschisten vorgehen, insbesondere gegen Gebäude der kommunistischen Partei und Freie. Sie sollen Attentate auf kommunistische Führer unternehmen. Eine Ergänzung dieser Meldung ist ein Bericht der Volksischen Zeitung, Abendausgabe vom 9. August, daß „bei den Polizeibehörden nicht nur in Ostpreußen, sondern auch in Pommern und Brandenburg Meldungen über auffällige Zusammenziehung von SA-Formationen eingetroffen“ sind.

Diese Zusammenziehung der SA ist planmäßig organisiert. Wenn es auch zutrifft, daß in der NSDAP und SA Spannungen und harte Differenzen bestehen, so behält doch kein Zweifel, daß die Konzentration und die Marschpläne der SA in Berlin und im Reich mit Willen und Wissen Hitlers erfolgen, um den nationalsozialistischen Forderungen nach der Führung in der umjubelnden Reichsregierung Nachdruck zu verleihen und um die Arbeiterkämpfe und die Antifaschistische Aktion niederzuschlagen.

Schleicher verhandelt mit Hitler in der Nähe von Dresden

Die Schleicher und Papen verhandeln mit den Nazis über die Regierungsbildung. Wie die TAZ mitteilt, fand Ende der vorigen Woche in der Nähe von Dresden eine Besprechung zwischen Schleicher und Hitler statt. Hitler verlangte die Kanzlerschaft und die wichtigsten Ministerposten im Reich und in Preußen für die Nazis. Wie die bürgerliche Presse berichtet, werden jetzt neue weitere Verhandlungen zwischen Schleicher und Papen und Hitler stattfinden, schließlich werde der Reichspräsident Hitler empfangen.

Inzwischen hat die faschistische Schleicher-Papen-Diktatur zwei Notverordnungen beschlossen, durch die Sondergerichte angelegt werden, die die Todesstrafe bei Beteiligung an bewaffneten Zusammenstößen fällen sollen. Diese Standgerichte entscheiden im Schnellverfahren, ohne Voruntersuchung; eine Berufung gibt es nicht. Die Gerichte werden „nach Bedarf“ in verschiedenen Gebieten des Reiches eingesetzt, zunächst sollen sie für Berlin-Brandenburg, Ostpreußen, Schleisen und Schleswig-Holstein in Tätigkeit treten.

Die Postzeitung und ihre Blätter verüben dreifach den Eindruck zu erwecken, als werde sich die Einziehung der Standgerichte „gegen die Terrorakte“, etwa gegen die Nazibanden, die Tag für Tag Bombenattentate auf Arbeiter und Arbeiterhäuser verüben richten. Der Hugenbergsche Lokalanzeiger bezeichnet, als „nützlich verallgemeinernd, die Standgerichtsverordnungen als Maßnahmen „um den gegenwärtigen Zuständen ein sofortiges Ende zu setzen“. Die Germania ruft begeistert ein „Endlich“ und wird sekundiert von der bürgerlich-demokratischen Berliner Volkszeitung: „Endlich härteste Maßnahmen“. Der Vorwärts schließlich wagt es, zu schreiben: „Jetzt droht Herr Papen mit der Anwendung aller Machtmittel — wenn“. Wem? Die Frage des Vorwärts hat nur den Zweck, zu verschleiern, daß

Antifaschisten heraus zum Protest gegen Naziterror und Mordandrohungen!
Massenaufmarsch am 11. August!
Antikriegskundgebung auf der Iigenkampfbahn fällt nicht unter die Notverordnung!
der Dresdner Arbeiterschaft zur Antikriegskundgebung, 19 Uhr, Iigenkampfbahn